

BBK-PRÄSIDENT RALPH TIESLER

Katastrophenschützer warnt: Blackouts im Januar und Februar möglich

geschrieben von Admin | 20. November 2022

Von Holger Douglas

Ralph Tiesler empfiehlt Notstromaggregate, um Prozesse und Anlagen gegen Stromausfälle zu schützen. Diese Empfehlung, anstelle von laufenden Kohle- und Kernkraftwerken, ist wohl das erbärmlichste Zeugnis, das grüner Energiepolitik ausgestellt werden muss. Doch die spricht er nicht an.

Mit Blackouts in diesem Winter rechnet der Leiter des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Ralph Tiesler. Es werde im Januar und Februar zu Unterbrechungen der Stromversorgung kommen, sagte er in einem Interview mit der Welt am Sonntag.

Mit Blackouts meint er nicht einen totalen Blackout in ganz Deutschland, sondern regional und zeitlich begrenzte Unterbrechungen der Stromversorgung. Fast in Habeckscher Diktion – ‚Unternehmen sind nicht pleite, sondern haben nur aufgehört zu produzieren‘ – umgeht er das Desaster der Energiewende und erklärt, die Ursache von Blackout sei nicht nur Energieknappheit, »sondern auch das gezielte, zeitweise Abschalten der Netze durch die Betreiber, mit dem Ziel, die Netze zu schützen und die Gesamtversorgung nicht zu gefährden«.

Das Risiko steige ab Januar und Februar; die Katastrophenschützer würden davon ausgehen, dass es von da an zu Unterbrechungen der Stromversorgung komme. Er erklärt allerdings nicht genauer, warum Januar und Februar Blackouts kommen würden.

Er wies darauf hin, dass Deutschland auch von Kriegen in Nachbarländern betroffen werde. Dies könne sich durch Energieknappheit, steigende Preise oder drohende Stromausfälle bemerkbar machen. Besser wappnen gegen Unterbrechungen von Lieferketten oder Attacken auf kritische Infrastrukturen, empfiehlt er. Dafür müssten Staat und Unternehmen enger zusammenarbeiten.

Notstromaggregate seien nötig, um Prozesse und Anlagen gegen Stromausfälle zu schützen.

Empfehlungen für Notstromaggregate anstelle von anständigen laufenden Kohle- und Kernkraftwerken ist wohl das erbärmlichste Zeugnis, das grüner Energiepolitik ausgestellt werden muss. Doch die spricht er nicht

an. Ein Bewusstsein für Katastrophenszenarien sei in Deutschland sehr gering, meint Tiesler vielmehr, weil Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten vergleichsweise wenig schwere Krisen durchlebt habe.

Schon verwunderlich, wenn rote und grüne Truppen eine gut funktionierende Energieversorgung zerschlagen, Kühltürme in die Luft sprengen und hinterher Beschwerden kommen, ein Krisenbewusstsein sei nicht ausgeprägt. Moderne und saubere Kraftwerke reihenweise abschalten und dann vor Blackouts zu warnen, ist schon beschämend. Keine Frage: Die größten Gefahren sitzen derzeit in Berlin in verschiedenen Regierungsämtern.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Bitte schauen Sie auch hier zum Thema

Klima-Angriff auf Gustav-Klimt-Gemälde – Warum schützen Museen ihre Pretiosen nicht vor Aktivisten?

geschrieben von AR Göhring | 20. November 2022

Grünfeld, Robert

Trotz heftiger Abscheu, auch auf zynische Verteidigungsversuche von FfF & Letzter Generation, und dem Vorwurf, den Tod einer Frau mitverantwortet zu haben, kleben und schmieren angebliche Klima-Aktivisten in den DACH-Ländern immer weiter.

Am Montag griffen zwei österreichische Männer im Wiener Leopold-Museum das Meisterwerk *Tod und Leben* von Jugendstil-Maler Gustav Klimt an – mit Mineralöl oder ähnlicher Farbe. Sie rechtfertigten dies mit üblichen Weltuntergangsbauptungen und der Tatsache, daß das Museum einen „Fossilkonzern“ zu seinen Mäzenen zählt.

Der offensichtlich überforderte Direktor Wipplinger erklärte anschließend, man ahnte das Problem schon und habe die Besucher seit einiger Zeit deswegen genauer untersucht. Und wie konnten dann zwei „typisch“ aussehende junge Männer mit reichlich Ölfarbe ins Museum gelangen? Er entschuldigte sein Versagen mit der Tatsache, daß er 4.000 Kunstwerke ausstelle und daher nicht vor jedes Wachleute stellen könne.

Der Klimt ist aber riesengroß (1,70 * 2m ca.) und dürfte eines der

wertvollsten Werke des Hauses darstellen. Daher sei auch eine Panzerglasscheibe 20 cm vor das Bild montiert worden (sieht man im Video nicht?). Warum konnte da nicht ein Wachmann im Raum sein? Die Männer der Sicherheitsbranche besitzen meist ein Auge, welcher Gast problematisch sein könnte. Tipp: Junge, studentisch aussehende Leute mit europäischem Erscheinungsbild stellen die absolute Mehrheit der Klimakleber und -Schmierer.



https://twitter.com/carla_hinrichs_/status/1591083339435360257

Seine besondere Fähigkeit für sein Amt stellte Direktor Wipplinger unter Beweis, als er in minutenlanger/langatmiger Rede allen Ernstes von der „Evidenz“ der Katastrophe erzählte und daher die „Anliegen“ der Aktivisten verstehen könne. Ob er das bei Kunsträubern auch sagen würde? Vielleicht, wenn diese ihre Tat als Klima-Aktivismus tarnten...

COP27 – Kolumbien beansprucht absurde 800 Milliarden Dollar pro Jahr als Ausgleich für „Verlusten und Schäden“

geschrieben von Chris Frey | 20. November 2022

David Wojick

Diese groteske Behauptung zeigt die gefährliche Absurdität der „Loss and Damage“-Doktrin. Bei dieser Schadensquote würde sich der weltweite Gesamtschaden auf etwa ZWEIHUNDERT TRILLIONEN DOLLAR JÄHRLICH belaufen.

So viel Geld gibt es auf der ganzen Welt nicht.

Die 800 Milliarden Dollar pro Jahr stammen aus einem Bericht, der von Kolumbien auf der COP27 vorgelegt wurde. Die grüne Mainstream-Presse hat ihn entweder nicht zur Kenntnis genommen oder beschlossen, ihn zu ignorieren, damit er keine Fragen aufwirft, die am besten in Ruhe gelassen werden, bis die vorgeschlagene UN Loss and Damage-Behörde eingerichtet ist.

Sehen wir es einmal so. Kolumbien ist ein relativ kleines Land mit einem Bruttoinlandsprodukt von etwa 300 Milliarden Dollar pro Jahr, das an 40. Stelle in der Welt steht und nur 0,4 % des globalen Gesamtwerts ausmacht. Die Schadenssumme beträgt etwa das 2,5-fache des kolumbianischen Bruttoinlandsprodukts, also gehen wir von diesem Verhältnis aus.

Das weltweite BIP beträgt etwa 81 Billionen Dollar, was multipliziert mit 2,5 knapp über 200 Billionen Dollar pro Jahr ergibt.

Hier sind einige Beispiele für große Entwicklungsländer, die das 2,5-fache des BIP, gerundet, verwenden. (Das BIP ist von 2017)

Geschätzte „Verluste und Schäden“ durch das vom Menschen verursachte Klimachaos:

Indien	6,6 Billionen Dollar pro Jahr
Brasilien	5,1 Billionen Dollar pro Jahr
Mexiko	2,9 Billionen Dollar pro Jahr
Indonesien	2,5 Billionen Dollar pro Jahr
Argentinien	1,6 Billionen Dollar pro Jahr
Iran	1,1 Billionen Dollar pro Jahr

Natürlich sind diese Zahlen absurd, wenn es um Reparationen geht. Natürlich sind sie auch absurd, wenn es um vom Menschen verursachte Klimaschäden geht, aber das ist ein ganz anderes Thema, denn die könnten durchaus noch geltend gemacht werden. Wenn es um die UNO geht, ist Absurdität kein Hindernis.

Diese enormen Zahlen stellen die gegenwärtigen COP27-Verhandlungen in den Schatten, bei denen es um die Frage der Finanzierung geht, bei der die gesamten Finanzströme von 100 Milliarden Dollar pro Jahr auf 1 Billion Dollar erhöht werden könnten. Nichts davon ist für so genannte „Verluste und Schäden“, die zusätzlich anfallen. Es sei darauf hingewiesen, dass selbst die 100 Milliarden Dollar nie gezahlt worden sind.

Bevor die Gespräche über „Verluste und Schäden“ weitergehen, sollten wir

fragen: „Über welche Art von Geld reden wir?“ Denn es hat keinen Sinn, darüber zu reden, den Entwicklungsländern Hunderte von Billionen Dollar zu zahlen. Das kann nicht passieren.

Es ist bezeichnend, dass in der Berichterstattung über die „Reparationen“ keine Zahlen genannt wurden. Warum diese absurde kolumbianische Behauptung nicht in die Schlagzeilen geriet, ist schon eine bezeichnende Frage. Ich fand sie als dritte Geschichte in einem [Newsletter](#) der Climate Home News (CHN).

Man würde erwarten, dass sich die großen grünen Medien wie die Washington Post, die New York Times, BBC, CNN und der Guardian auf diese Geschichte stürzen würden. Ich bin sicher, dass ihre Klimareporter alle CHN lesen. Aber es könnte die Industrieländer vom Tisch wegschrecken, oder? Und wir haben sie gerade dazu gebracht, oder? Wir sollten lieber still sein.

Natürlich ist es möglich, dass Kolumbien nur ein astronomischer Ausreißer ist. Mit anderen Worten ein Gauner. Vielleicht wird kein anderes Entwicklungsland mit solch absurden Zahlen aufwarten können. Nun, wir sollten auf jeden Fall abwarten und sehen.

Dem CHN-Artikel zufolge fördert die Interamerikanische Entwicklungsbank ähnliche „Verlust- und Schadensanalysen“ von Panama und Peru. Wir sollten zumindest warten, bis diese Zahlen vorliegen, bevor wir in Verhandlungen eintreten. Denn wenn die Zahlen wie die von Kolumbien sind, gibt es nichts zu verhandeln.

Nebenbei bemerkt könnte es gut sein, dass die Banken diese großen Zahlen lieben, weil sie dann das Heft des Handelns in die Hand nehmen können. Und wenn es um Reparationen geht, gilt: je mehr, desto besser, oder?

Apropos nichts zu verhandeln: Es gab mehrere symbolische Beiträge zu einem künftigen UN-Fonds für „Verluste und Schäden“. Ich glaube, zumindest Dänemark, Neuseeland und Schottland haben jeweils 10 Millionen Dollar oder so zugesagt. Verglichen mit den erstaunlichen kolumbianischen Zahlen ist dies ein Nichts, ein winziger Bruchteil eines Rundungsfehlers sozusagen.

Ein letzter Gedanke: Wie kann ein Land jedes Jahr mehr als das Doppelte seines BIP verlieren und trotzdem überleben? Das ist doch sicher ein Schwindel.

Solange die Zahlen nicht bekannt sind, sollte nicht weiter verhandelt werden.

David Wojick, Ph.D. is an independent analyst working at the intersection of science, technology and policy. For origins see http://www.stemed.info/engineer_tackles_confusion.html For over 100 prior articles for CFACT see <http://www.cfact.org/author/david-wojick-ph-d/> Available for

confidential research and consulting.

Link:

<https://www.cfact.org/2022/11/16/cop27-colombia-claims-an-absurd-800-billion-a-year-loss-and-damage/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Highway to Hell – oder die Rückkehr der Vernunft

geschrieben von Andreas Demmig | 20. November 2022

Die großen Banken der Welt beginnen vor dem selbstmörderischen Netto-Null-Emissionspfad zurückzuschrecken
stopthesethings

Das große Geld hat gerade herausgefunden, dass 'woke sein' in die Pleite führt. Sicher, ein wenig zynisches Greenwashing schadet dem Ruf des Unternehmens bei den MSM und Facebook nicht, aber Aktionäre und Märkte neigen dazu, eine strengere Sichtweise einzunehmen.

Klimakleber – Graswurzelaktion oder von Politikern und Oligarchen bezahlter politischer Kampf?

geschrieben von AR Göhring | 20. November 2022

Grünfeld, Robert

Eindeutige Antwort: Von Politikern und Oligarchen bezahlter politischer Kampf.

Der *Focus* und *Profil.at* berichten von einer Wiener Verkehrsblockiererin, die „versteuertes Nebeneinkommen“ von einem Fonds aus Deutschland erhält. Zitat:

[Caroline Thurner] selbst und weitere Klima-Kleber schreiben den Angaben zufolge nach ihren Aktionen Rechnungen und reichen diese beim „Climate Emergency Fund“ ein. „Reiche Leute“, die „ein schlechtes Gewissen haben“, würden in diesen Fonds einzahlen, so die Aktivistin.

Aus Berlin wurde bekannt, daß sogar das Bundeswirtschaftsministerium von Habeck via einer NGO rund 150.000 Euro an Verkehrsblockierer zahlte. Nach dem durch einen Stau mitverantworteten Tod einer 44jährigen Radfahrerin ebenda geraten die Politiker und ihre Straßenkräfte nun zunehmend in Erklärungsnot. Wie zum Trotz, oder um keine Schuld zugeben zu müssen, waren letzte Woche in der Hauptstadt schon wieder 50 Klima-Aktivisten auf den Verkehrswegen unterwegs, von denen sich rund 30 auf der Fahrbahn festklebten.

Letzte-Generation-Aktivist Henning Jeschke sekundiert mit kaum überbietbarem Zynismus:

BZ: Wie stellen Sie sicher, daß bei den Aktionen eine Rettungsgasse bleibt?

HJ: Das kann keiner sicherstellen und wir sind nicht Gott. Wir können an die Autofahrenden nur appellieren, sich so zu verhalten, daß es klappt.

In der Mitte jeder Straßenblockade sind die Menschen nie festgeklebt, sodaß sie aufspringen können. Auch arbeiten wir da mit der Polizei zusammen, die sehr schnell da ist und oft mehr Informationen zu möglichen Notfällen hat.

Es wäre doch am allerbesten, wenn es uns und die Unterbrechungen gar nicht bräuchte: Schon der offene Brief im September hätte reichen können, dass die Bundesregierung den Notfall anerkennt und die ersten Schritte eines überfälligen Tempolimits und eines effektiven und gerechten 9-Euro-Bahntickets geht.

Die Klimaproteste mit Zyan-Akrylat auf der Straße und in Kunstmuseen scheinen sich folgerichtig zu einer Art Beruf zu entwickeln. Jura-Studentin Mirjam Herrmann, die in Potsdam den teuersten Monet mit Kartoffelbrei überschüttet hatte, will aktuell als Verteidigerin (?) eines anderen Klimaaktivisten aus Bayern fungieren. Der 58jährige aus einem Dorf bei München kam eigens in die Hauptstadt, um sich hier auf dem Asphalt festzukleben. Zitat:

„Ziviler Ungehorsam soll unignorierbar, eine effektive Störung sein. Käme uns die Regierung entgegen mit 9-Euro-Ticket und Tempolimit, würden wir unsere Kampagne sofort beenden. Wir müssen stören bis zum Gehnichtmehr!“

Wer's glaubt – es finden sich immer Gründe und beruflose Narzißten, die wegen irgend etwas Ökologischem den Verkehr aufstauen würden. Aus der Hauptstadt vermeldet die Qualitäts-Seite *Tagesschau.de* gerade die ernstgemeinte Nachricht über einen Tanzklub namens SchwuZ, dessen

Betreiber mit öffentlicher Förderung klimafreundlicher werden will. Wichtigster Punkt: Die mechanische Bewegung der Tänzer auf dem Parkett soll in elektrische Energie umgewandelt werden, die dann im Berliner Nachtleben am Wochenende vermehrt zur Verfügung stehen soll. Die Idee ist nicht neu – ich selber habe mir beim Anblick der Steh-Fahrräder im Fitneßstudio schon vor langer Zeit gedacht, daß man diese Energie doch speichern oder einspeisen könnte. Als ich erfuhr, was „Grundlast“ bedeutet, nahm ich von dem Einfall Abstand.

Und überhaupt – wie soll die Bewegungsenergie der Tänzer gewandelt werden? Ein einfacher Fahrraddynamo wird nicht reichen, da Menschen keine drehenden Körperteile haben.

Der ARD-Artikel erinnert daher stark an die peinliche Ente aus Südafrika über den Ingenieur, der Energie aus terrestrischen Wellen für den TV-Empfang mittels eines besonderen Gerätes gewinnen wollte. Haben die ARD-ZDF-Journalisten immer noch nichts gelernt? Sie sollten endlich – zumindest heimlich- bei uns mitlesen. Dann würde so etwas nicht mehr passieren.